

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lebecke 16 mal prämiert
Firma gegründet 1838
Königl. Sächs. Hoflieferanten.

Druckerei: Neudruckerei Dresden.
Verlagsnummer: 15444.
Für die Redaktion: 20-021.

Verantwortung und Druckerei:
Neudruckerei Dresden.
Bismarckstr. 25/40.
Telef. 1111. Druck von Leipzig & Neudruckerei in Dresden.
Verlag-Nr. 15444-1918.

Bezugs-Gebühr: Vierteljährlich in Dresden und Umgebungen bei postamtlicher Zahlung (im Voraus) 1,20 M., vierteljährlich 1,20 M. | Anzeigen-Preise: Die oberste Zeile (ohne 6 Zeilen) 10 Pf., darunter 8 Pf., darunter 6 Pf., darunter 4 Pf., darunter 3 Pf., darunter 2 Pf., darunter 1 Pf. — Anzeigen-Preise werden nicht aufbewahrt.

Die Parteien und der Wechsel im Auswärtigen Amt.

Der Kanzler und der Hauptauschub. — Interfraktionelle Besprechungen. — Einzelheiten zur Ermordung des Grafen Mirbach. — Frenchs Kampf gegen die Sinnfeiner. — Die politischen Ziele des neuen Sultans. — Annahme des Stempelsteuergesetzes im Reichstag.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 10. Juli, abends. Amtlich.
Von den Kampfzonen nichts Neues.

Mißerfolge der Verbandstruppen.

Berlin, 10. Juli. In der Nacht vom 8. zum 9. Juli wurden zwei englische Großpatrouillen bei Kienz abgewiesen. Nördlich von der Straße Bran-Corbie gerieten die deutsche Artillerie feindliche Anstellungen. Ihre Vernichtungsfener verhinderte bei St. Maur, südwestlich von Royon, feindliche Angriffe. Ebenso scheiterte ein Versuch, in der Nacht vom 9. zum 10. Juli wiederum bei Authenil anzugreifen, im deutschen Vernichtungsfener. Unter den schwersten Verlusten stutete der Angreifer gurch.
Erkundungsgesandte an der Aisne brachten den Deutschen Gefangene ein. An der Straße Billers-Cotters—Soissons erfolgte ein härterer Teilangriff der Verbandstruppen. Bei seinem Versuche, dem deutschen Vorstoß auszuweichen, erlitt der Gegner schwere Verluste. Das deutsche Kriegesgeklänge und der Angriff von Infanterielegionen gehalten die Rückbewegung des Feindes auf Baux zur Flucht. (M. T. B.)

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien, 10. Juli. Amtlich nicht verlautbart.
Im Brenna-Tal schlugen unsere Sicherungstruppen einen italienischen Vorstoß ab.
Unsere albanische Südküste wurde vor dem Druck harter feindlicher Kräfte auf die Insel Dera—Hjeri zurückgenommen. Die Geschichtsberührung war sehr heftig. (M. T. B.) Der Chef des Generalstabs.

Die heimliche Tyrannis.

Man stelle sich einmal vor, der französische Oberbefehlshaber stünde genau so weit von Berlin entfernt, wie Hindenburg von Paris, man stelle sich vor, Foch und nicht Hindenburg hätte seit Ende März dieses Jahres viele tausend Quadratkilometer Landes erobert und mehrere hunderttausend Gefangene gemacht — wie wäre es wohl einem Renaudel oder Thomas ergangen, wenn er es gewagt, unter solchen Umständen in der französischen Kammer eine Rede zu halten, wie sie Herr Scheidemann kürzlich im Reichstag gehalten hat? Wie wären wohl die übrigen Abgeordneten und nicht zuletzt die eigenen Parteigenossen über einen solchen Defaitisten hergefallen? Herr Clemenceau hätte sicher nicht geögert, die Aufhebung der Immunität zu verlangen und die Kriegesgerichte in Bewegung zu setzen. Dafür ist Frankreich das Land der Volkssouveränität. Nicht auszuweichen wäre das Schicksal Scheidemanns, wenn er nicht im deutschen Reichstag, sondern als Mitglied des amerikanischen Kongresses eine ähnliche Rede gehalten haben würde. Der Richter Lynch würde sich wohl erhoben haben im gelobten Lande der Freiheit. Im deutschen „Vollgeheimnis“, im Lande des „Militarismus“, unter der Regierung, die die „Gewalt“ auf ihre Fahne geschrieben haben soll, im deutschen Reichstag, der noch nicht einmal den Parlamentarismus durchzureden vermochte, was ist da mit Herrn Scheidemann geschehen? Oh, da ist es „nicht weiter verwunderlich, wenn die Sozialdemokratie zum Zeichen des Protestes gegen den Fortbestand des Besagerungsstandes die Abschaffung der Staatsankündigung“, da steht man in alledem „keinen Grund, der für eine Verträmmung der Zulieferheit maßgebend sein könnte“. Also läßt Herr Erzberger in der „Germania“ namens der Zentrumsfraktion erklären, namens derselben Fraktion, aus der derselbe Reichskanzler hervorgegangen ist, dem Herr Scheidemann empfohlen hat, möglichst rasch das Feld zu räumen! Und das, trotzdem ein Blatt wie die „Kölnische Volkszeitung“ erklärt, die Abschaffung des Staats sei die schärfste Form des Mißtrauensvotums gegen die Regierung und bedeute zugleich eine Kündigung des Mehrheitsverhältnisses. Die Wichtigkeit dieser Ansicht wird sich nicht bestreiten lassen, trotzdem stützt Herr Erzberger: fähiger Friede, holde Eintracht wellet, wellet unter diesem Dach.

Herr Scheidemann hat unter solchen Umständen nichts dagegen einzunehmen. Diese schöne Einträchtigkeit, für die das Zentrum auf eigene Rechnung und Gefahr allein aufkommt, erleichtert seine Bemühungen, in Gnaden wieder bei den Haase und Ledebour aufgenommen zu werden. Sie seht ihn auch in den Stand, ein vorläufiges Veto dagegen einzulegen, daß der Kaiser Herrn v. Kühlmann die aus manderlei Gründen ersuchte Entsendung von den Kiemern bewilligt und den bisherigen deutschen Gesandten in

Christiana zu seinem Nachfolger in Aussicht genommen hat. Am Vormittag wurde die Nachricht im Reichstage mitgeteilt, am Nachmittag sollten die Kriegskredite bewilligt werden. Herr v. Sinsge erscheint nun zwar dem Kaiser als der geeignete Mann zur Führung der Geschäfte des Auswärtigen Amtes, nicht ohne weiteres aber Herrn Scheidemann, denn Herr v. Sinsge ist als Admiral sozusagen „Tyrannverdächtig“. Er muß erst durch das Purgatorium des Hauptauschusses gehen, und von der Art, wie er sich da bewährt, wie er sich von dem Scheidemannschen Regener die Sünden, die ihm etwa aus seiner Vergangenheit als Seeoffizier noch anhaften, ausbrennen läßt, hängt es ab, ob auch der mißtrauische Führer der Sozialdemokratie sein Placet zu der Ernennung geben kann. Deshalb wird die Beratung der Kriegskredite schleunigt von der Tagesordnung des Reichstages abgesetzt, kein Widerspruch wird laut, Scheidemann befiehlt und die Mehrheit gehorcht — treu ergeben, wie einst der Knecht Fridolin. Nun könnte man freilich fragen, in welchem Zusammenhang die Bewilligung der Kriegskredite durch den Reichstag zu der Ausübung des verfassungsmäßig garantierten Ernennungsrechtes des Kaisers steht, man könnte fragen, welche Schuld sich Herr v. Sinsge während seiner diplomatischen Laufbahn — die doch schließlich allein den Maßstab für seine Eignung abgeben kann — angezogen hat, daß er erst vor das hochwürdigste Gericht des Hauptauschusses gestellt werden muß, bevor er seinen Einzug in der Wilhelmstraße halten kann, daß selbst der Kanzler in Person eingreifen gezwungen ist. Aber man fragt nicht im Reichstage, wenn Scheidemann besteht und gar mit der Abschaffung der Kriegskredite droht, weil ihm die Nase des präsumptiven Staatssekretärs nicht gefällt. Wir haben keinen Grund, für Herrn v. Sinsge eine sogenannte „warme Baug“ zu brechen; er hat zwar auf einigen diplomatischen Aushenposten nicht schlecht abgeschnitten, jedenfalls besser als Herr v. Kühlmann, der feinerzeit als deutscher Gesandter im Haag den Unterseekrieg verurteilt hat, das allein aber beweist noch nicht, daß er als Staatssekretär den weiten Blick, die Umsicht und die Energie haben wird, die man von ihm verlangen muß. Außerdem kommt er in die Nähe des Herrn v. Pauer, ist er nachgeordneter Instanz des Grafen Hertling, er würde also, auch wenn er es wollte, schwerlich eigene Politik machen können. Der Kurs bleibt der alte.

Und trotz alledem die Drohung mit der Kreditverweigerung? Trotz alledem will Herr Scheidemann kein Ja abhängig machen von den Erklärungen des neuen Staatssekretärs, der doch ganz sicher nichts anderes sagen wird, als was Graf Hertling und Herr v. Pauer schon einige Male gesagt haben? Wäre die Sozialdemokratie konsequent, dann müßte sie sich fragen: Entspricht die Politik dieser Herren unseren Zielen und Interessen? und von der Verantwortung dieser Frage ihre Zustimmung oder Ablehnung abhängig machen. Aber darum handelt es sich ja gar nicht in erster Linie. Nein, Herr v. Sinsge ist als Staatssekretär vom Kaiser in Wahrnehmung seines verfassungsmäßigen Rechtes in Aussicht genommen worden, ohne daß vorher der Volkstribunal befragt worden wäre. Das ist ein Bruch mit der Gewohnheit, die sich im vorigen Herbst, als Graf Hertling und Herr v. Pauer in die Regierung eintraten, nachdem sie erst wochenlang sich von den Parteien auf Hera und Hieren hatten drücken lassen, so schön einträchtiger schien. Dagegen muß Front gemacht werden. Die Sozialdemokratie glaubt nachgerade ein Recht darauf zu haben, in die Exekutive einzugreifen, und tut es, wo sich eine Möglichkeit dazu bietet. Wir sind heute im monarchischen Deutschland offenbar so weit gekommen, daß keine Minister-Ernennung mehr möglich ist, ohne daß der betreffende Kandidat von der Sozialdemokratie approbiert ist. Das sieht wie Parlamentarismus aus, ist es aber nicht, sondern schon etwas mehr, nämlich die heimliche Tyrannis einer unverantwortlichen Minderheit. Die Sozialdemokratie lehnt den Staat ab, verlagert sich den Staatsnotwendigkeiten, wäslt alle Verantwortung für die Maßnahmen der Regierung weit von sich weg, sie erhebt aber zugleich Anspruch darauf, in die ausführende Gewalt des Kaisers eingreifen zu dürfen, immer gehört zu werden, wenn sich in der Regierung ein Wechsel vollzieht. Die Verantwortung haben nachher die andern zu tragen. Das Recht, ohne jede Rücksicht auf die Wirkung im Ausland, Kritik zu üben, das Recht, Opposition zu machen, nur um der sogenannten internationalen Reputation willen, dieses Recht läßt sich Herr Scheidemann tropfkaltem nicht verlernen, im Gegenteil!

Daß sich die Linke bei diesem Verfahren ungemien wohl fühlt, daß sie sich gar nichts Besseres wünschen kann, als daß der Regierung und denen um Erzberger ihre heilige Einsalt noch recht lange erhalten bleiben möge, das ist keineswegs

erstaunlich, eher die Tatsache, daß es heute im Reichstage und in der Regierung noch niemand am Bewußtsein gekommen ist, unter welsch merkwürdig verdrehten staatsrechtlichen Verhältnissen wir heute leben und — einen Arien gewinnen wollen. Freilich, es gibt Blinde, die nicht sehen wollen, und sie sind am Schwersten zu heilen.

Die Parteien und der Wechsel im Auswärtigen Amt.

b. Der Reichskanzler trifft am Donnerstag vor-mittag zwischen 8 und 9 Uhr in Berlin ein. Es ist beschlossen worden, die mit der Bewilligung der Kriegskredite und der Nachfolge des Herrn v. Kühlmann zusammenhängenden Fragen schon in der Donnerstag-Sitzung des Hauptauschusses zu erörtern. Wie verlautet, wird der Kanzler vormittags 12 Uhr im Ausschub erscheinen, um das Wort zu ergreifen. Ob die Aussprache und die Stellungnahme zu den Beteiligten schon zur Erledigung der vorliegenden Fragen führen wird, ist noch zweifelhaft; doch erhält sich allgemein die Ansicht, daß eine Einigung aus schwer zu erzielen ist und auch erzielt werden wird.

b. Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Es verlautet, Graf Hertling werde im Hauptauschub ausdrücklich erklären, daß der Wandel v. Sinsge sich ebenso wie der Reichskanzler selbst an die in der Antwort auf die Pappnote ausgesprochenen Richtlinien an halten entschlossen sei.

Ueber die Dauer der Reichstagsession gehen die Ansichten auseinander. Vorläufig besteht nur bei der Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten die Ansicht, die Debatte aus dem Hauptauschub ins Plenum zu tragen. Ob es möglich sein wird, daß Herr v. Sinsge, der sich zunächst mit dem Vizekanzler v. Pauer ins Einvernehmen setzen wird, noch vor der Vertagung auch mit den Parteiführern eine Aussprache halten kann, steht noch nicht fest.

Interfraktionelle Besprechungen.

b. Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Die Fraktionsführer der Mehrheitsparteien des Reichstages traten heute nachmittag zu einer neuen interfraktionellen Sitzung zusammen, an der auch Vizekanzler v. Pauer teilnahm. Dieser hatte vorher erklärt, mit dem Kanzler vor dessen Abreise aus dem Großen Hauptquartier eingehend telephonisch gesprochen zu haben und über die Ausführungen, die der Kanzler morgen machen werde, orientiert zu sein. Es heitete daher die Ansicht, bereits heute eine prinzipielle Verständigung zwischen Mehrheit und Regierung herbeizuführen. Auch die Nationalliberalen nahmen an der interfraktionellen Sitzung teil. Man hofft, daß auch die Sozialdemokraten sich mit kurzen Erklärungen begnügen werden. War die Unabhängigen Sozialdemokraten schloßen zu beabsichtigen, den Wechsel im Auswärtigen Amt im Plenum zur Sprache zu bringen. Die Frage der Nachfolgerschaft des Grafen Mirbach soll erst entschieden werden, wenn die Ernennung des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen vollzogen ist.

Die Schweizer Auffassung über Kühlmanns Rücktritt.

(Drahtmeldung unserer Solner Mitarbeiter.)
Zürich, 10. Juli. In den schweizerischen politischen Kreisen ist man geneigt, den Rücktritt Kühlmanns und seine Ersetzung durch den Admiral v. Sinsge als einen Erfolg der alldutschen und konservativen Gruppen anzusehen.

Einzelheiten über die Ermordung des Grafen Mirbach.

b. Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Ueber die Ermordung des Grafen Mirbach in Moskau und den Vorgang der verbrecherischen Tat werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Die beiden Mörder hatten sich durch gefälschte Schriftstücke und Ausweispapiere einen Empfang beim Gesandten erwirkt. Die Unterredung fand in Gegenwart des Geheimrats Riezler und des Leutnants Müller statt. Die drei deutschen Herren hatten mit den beiden Mördern an einem Marmortische in der Mitte des Zimmers Platz genommen. Auf der einen Seite des Tisches saßen die Mitglieder der Gesandtschaft, auf der anderen die Russen. Die Herren saßen alle in niedrigen, tiefen Lederstühlen, was für die Ueberfallenen einen Nachteil, für die Mörder einen Vorteil bedeutete. Diese konnten auf diese Weise unauffällig unter der Platte des Marmortisches ihre Waffen bereit machen, während ihre Opfer in ihrer zurückgelehnten Lage ein bequemeres Ziel boten und auch an schnellem Widerstande gehindert waren. Während der Gefandte und seine Mitarbeiter glaubten, daß die Russen in ihr Material verwickelt seien, hatten diese unter dem Tische ihre Waffen hervorgezogen, und dann spielte sich die Mordtat in wenigen Sekunden ab. Die Russen sprangen mit hocherhobenen Revolvern auf und begannen zu feuern. Der eine Mörder hatte den Gesandten aufs Korn genommen, der andere schoß abwechselnd auf den Legationsrat Riezler und den Leutnant Müller. Eine Gegenwehr war für die Herren, die ja zudem unbewaffnet waren, in den ersten Sekunden nicht möglich. Der Gesandte war auch gleich bei den ersten Schüssen schwer am Hinterkopfe getroffen worden. Auf die Schalle hin eilten Leute aus dem